



**Bachelor-Prüfungsordnung
für den Studiengang Journalismus
und Public Relations**

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung des HZG (HG) vom 16.09.2014 (GV.NW. S.543), hat der Fachbereichsrat des Fachbereichs für Informatik und Kommunikation der Westfälischen Hochschule die folgende Bachelor-Prüfungsordnung als Satzung erlassen:



Inhalt

I. Allgemeines.....	43
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung.....	43
§ 2 Zweck der Prüfung; Bachelorgrad; Ziele des Studiums.....	43
§ 3 Studienvoraussetzung und praktische Tätigkeit.....	43
§ 4 Regelstudienzeit; Studienumfang.....	44
§ 5 Umfang und Gliederung der Bachelor-Prüfung.....	44
§ 6 Prüfungsausschuss.....	45
§ 7 Prüferinnen und Prüfer; Beisitzerinnen und Beisitzer.....	47
§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen.....	48
§ 9 Einstufungsprüfung.....	49
§ 10 Leistungspunkte (Credits).....	49
§ 11 Benotung und Bewertung von Prüfungsleistungen / Prüfungsnoten.....	50
§ 12 Bestehen von Prüfungsleistungen; Ausgleichsmöglichkeiten.....	51
§ 13 Wiederholung von Prüfungsleistungen.....	51
§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß.....	52
II. Modulprüfungen.....	53
§ 15 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen.....	53
§ 16 Zulassung zu den Prüfungen; Anmelde- und Abmeldeverfahren.....	54
§ 17 Durchführung von Prüfungen.....	55
§ 18 Klausurarbeiten.....	56
§ 19 Mündliche Prüfungen.....	58
§ 20 Seminararbeit.....	59
§ 21 Präsentation.....	59
§ 22 Arbeitsmappe.....	59
III. Lehrredaktion und Projektarbeit als Praxisphasen.....	60
§ 23 Praxisphasen.....	60
§ 24 Lehrredaktion.....	60
§ 25 Projekte.....	61



IV. Bachelor-Arbeit.....	61
§ 26 Bachelor-Arbeit.....	61
§ 27 Zulassung zur Bachelor-Arbeit.....	62
§ 28 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelor-Arbeit	63
§ 29 Abgabe und Bewertung der Bachelor-Arbeit.....	64
§ 30 Kolloquium	64
V. Ergebnis der Bachelor-Prüfung, Zusatzmodule.....	65
§ 31 Ergebnis der Bachelor-Prüfung.....	65
§ 32 Zeugnis, Gesamtnote	66
§ 33 Diploma Supplement.....	66
§ 34 Zusatzmodule.....	67
VI. Schlussbestimmungen.....	67
§ 35 Einsicht in die Prüfungsakten	67
§ 36 Ungültigkeit von Prüfungen.....	67
§ 37 In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften	68
Anlagen	70
1. ECTS-Noten / Zehntelnoten / Prozentpunkte / Noten	70
2. Pflichtmodule.....	71
3. Wahlpflichtmodule.....	72
4. Studienverlaufsplän	72
5. Beispiele für die Notenberechnung	74

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung

Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluss des Studiums im Studiengang Journalismus und Public Relations mit den Schwerpunkten Journalismus und Public Relations im Fachbereich Informatik und Kommunikation, Fachgruppe Kommunikation, der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen. Sie regelt gemäß § 64 Abs. 1 HG die Bachelor-Prüfung in diesem Studiengang und unterliegt inhaltlich dem Geltungsbereich der Rahmenprüfungsordnung für Bachelorstudiengänge.

§ 2 Zweck der Prüfung; Bachelorgrad; Ziele des Studiums

- (1) Die Bachelor-Prüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums des Journalismus und der Public Relations. Durch die Bachelor-Prüfung soll festgestellt werden, ob der /die Studierende die für eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendigen Kenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbstständig zu arbeiten.
- (2) Das zur Bachelor-Prüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 Abs. 1 HG) auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte des Studienfaches vermitteln. Es hat zum Ziel, die Absolventinnen und Absolventen durch Vermittlung von grundlegendem Fachwissen, Methodenkompetenzen und Schlüsselqualifikationen zur Berufsfähigkeit zu führen. Es soll sie in die Lage versetzen, Vorgänge und Probleme zu analysieren, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge zu beachten.
- (3) Aufgrund der bestandenen Bachelor-Prüfung wird gemäß § 66 Abs. 1 HG der Hochschulgrad Bachelor of Arts (B.A.) verliehen.

§ 3 Studienvoraussetzung und praktische Tätigkeit

- (1) Voraussetzung für die Aufnahme in das Bachelorstudium ist der Nachweis:
· der Fachhochschulreife oder



- der allgemeinen Hochschulreife oder
 - der fachgebundenen Hochschulreife oder einer durch die zuständigen staatlichen Stellen gemäß § 49 HG als gleichwertig anerkannten Zugangsberechtigung. Weitere Voraussetzung ist:
 - der Nachweis von Fachpraktika von insgesamt 12 Wochen Dauer, wovon mindestens 6 Wochen vor Aufnahme des Studiums absolviert sein müssen. Die übrige Zeit des Fachpraktikums muss mit einem qualifizierten Zeugnis bis spätestens zum Beginn des 3. Studiensemesters nachgewiesen werden.
- (2) Ziel des Fachpraktikums ist es, die Studierenden mit Tätigkeiten in einem für Absolventen des Studienganges typischen Arbeitsfeld vertraut zu machen. Das Fachpraktikum kann in einem Verlag, einer Redaktion, einer Kommunikationsagentur, einer Presseabteilung, einem Medienunternehmen, einer Technischen Redaktion oder in einem ähnlichen Arbeitsfeld abgeleistet werden. Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten können auf Antrag als Praktikum anerkannt werden. Hierüber entscheidet die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.
- (3) Studienbewerberinnen und Studienbewerber, die ihre Zugangsvoraussetzungen nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben, müssen die für ihren Studiengang erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache entsprechend der Ordnung zum Nachweis der deutschsprachigen Studierfähigkeit der Westfälischen Hochschule in der aktuellen Fassung nachweisen.

§ 4 Regelstudienzeit; Studienumfang

- (1) Die Regelstudienzeit im Bachelor-Studiengang Journalismus und Public Relations beträgt 6 Semester (3 Jahre). Sie schließt von der Hochschule begleitete und betreute Praxisphasen und die Bachelor-Arbeit sowie das Kolloquium ein.
- (2) Zum erfolgreichen Studium müssen insgesamt 180 Leistungspunkte erworben werden, vgl. § 10 und § 31 dieser Prüfungsordnung.

§ 5 Umfang und Gliederung der Bachelor-Prüfung

- (1) Das Studium wird mit der Bachelor-Prüfung abgeschlossen. Die Bachelor-Prüfung besteht aus studienbegleitenden Modulprüfungen und einem abschließenden Prüfungsteil. Ein Modul ist eine thematisch und zeitlich abgeschlossene Studieneinheit, die sich aus verschiedenen Lehrveranstaltungen zusammensetzen

kann und zu einer auf das jeweilige Studienziel bezogenen Teilqualifikation führt.

- (2) Das Prüfungsverfahren ist so zu gestalten, dass das Studium einschließlich aller Prüfungsleistungen mit Ablauf des sechsten Semesters abgeschlossen werden kann. Dabei sind die gesetzlichen Schutzbestimmungen für werdende Mütter (§§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes) und die Fristen der Elternzeit gemäß dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz zu beachten. Die Belange Studierender mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sowie Ausfallzeiten durch die Pflege von Personen im Sinne von § 48 Abs. 5 S. 5 HG sind zu berücksichtigen.
- (3) Module, die unabhängig vom gewählten Studienschwerpunkt von allen Studierenden des Bachelor-Studiengangs absolviert werden müssen, werden in der Folge als Pflichtmodule bezeichnet, Module, die nur bei Wahl eines bestimmten Studienschwerpunktes absolviert werden müssen, als Wahlpflichtmodule, und Module, die in einem Wahlmodulkatalog verzeichnet sind und je nach Neigung absolviert werden können, als Wahlmodule.
- (4) Die Liste der Wahlmodule wird in jedem Semester neu zusammengestellt und durch Aushang bekanntgegeben. In Wahlmodulen kann das Angebot der Veranstaltung von einer Mindestteilnehmerzahl abhängig gemacht werden. Nicht bestandene Module können durch andere Module der Liste ersetzt werden. Module anderer Fachbereiche oder Einrichtungen (Sprachenzentrum) können auf Antrag als Wahlmodul anerkannt werden.

§ 6 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zu bilden. Der Prüfungsausschuss besteht aus
 1. der / dem Vorsitzenden,
 2. deren Stellvertreterin / dessen Stellvertreter,
 3. zwei weiteren Professorinnen / Professoren,
 4. einer / einem Angehörigen der Gruppe der akademischen Mitarbeiter (§ 11 Abs. 1 Nr. 2 HG),
 5. zwei Angehörigen aus der Gruppe der Studierenden.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat gewählt. Die in Nr. 1 und 2 genannten Mitglieder müssen dem Kreis der Professoren und



Professorinnen angehören. Für die in Nr. 3 bis 5 genannten Mitglieder werden Vertreterinnen / Vertreter gewählt. Die Amtszeit der in Nr. 1 bis 4 genannten Mitglieder und ihrer Vertreterinnen / Vertreter beträgt 2 Jahre, die Amtszeit der studentischen Mitglieder und ihrer Vertreterinnen / Vertreter 1 Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Mitglieder und Vertreterinnen / Vertreter des Prüfungsausschusses müssen der Fachgruppe Kommunikation angehören.

- (2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Bachelor-Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Der Prüfungsausschuss berichtet dem Fachbereichsrat regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Bachelor-Arbeit. Er berichtet ferner über die Verteilung der Noten für die Module, die Bachelor-Arbeit, das Kolloquium und die Gesamtnote. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Bachelor-Prüfungsordnung. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben in allen Angelegenheiten von nicht grundsätzlicher Bedeutung auf den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche und den Bericht an den Fachbereichsrat.
- (3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der / dem Vorsitzenden oder deren / dessen Stellvertreter / Stellvertreterin und zwei weiteren Professoren / Professorinnen mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Der Prüfungsausschuss gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist. Stellt die/der Vorsitzende fest, dass der Prüfungsausschuss nicht beschlussfähig ist, so vertagt er/sie die Sitzung und beruft den Prüfungsausschuss innerhalb einer Frist von höchstens vier Wochen zur erneuten Beratung über diese Gegenstände ein. Der Prüfungsausschuss ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig. Bei der zweiten Einberufung muss auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden. Der Prüfungsausschuss beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der / des Vorsitzenden. Im Falle, dass der / die Vorsitzende nicht an der Sitzung teilnimmt, entscheidet die Stimme des Stellvertreters / der Stellvertreterin. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen, der Bestellung von Prüferinnen / Prüfern sowie Beisitzerinnen / Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil. Der Ausschluss von Mitgliedern des Prüfungsausschusses von der Beratung und Abstimmung in Prüfungsangelegenheiten bestimmt sich nach §§ 20, 21 Abs. 2 VwVfG NW.



Insbesondere an der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die eigene Prüfung betreffen, nehmen die Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil. Sie sind jedoch anzuhören.

- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungsleistungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich in demselben Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.
- (5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreter und Stellvertreterinnen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines / seiner Vorsitzenden sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dem Prüfling ist vorher Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. § 2 Abs. 3 Nr. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land NRW (VwVfG), insbesondere die Ausnahme von der Anhörung und Begründungspflicht bei Beurteilungen wissenschaftlicher oder künstlerischer Art, bleibt unberührt.

§ 7 Prüferinnen und Prüfer; Beisitzerinnen und Beisitzer

- (1) Für die Durchführung von Prüfungen werden vom Prüfungsausschuss Prüfer / -innen und sachkundige Beisitzer / -innen bestellt. Die Bestellung wird protokolliert und zu den Akten genommen. Zur Prüferin / Zum Prüfer oder sachkundigen Beisitzer / -in darf nur bestellt werden, wer mindestens einen entsprechenden Bachelorabschluss oder einen vergleichbaren Abschluss abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat; ferner muss wenigstens eine Prüferin / ein Prüfer, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Studiengebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine einschlägige selbstständige Lehrtätigkeit ausgeübt haben. Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig von Weisungen.
- (2) Die Kandidatin / Der Kandidat kann eine Prüferin / einen Prüfer als Betreuerin /Betreuer der Bachelor-Arbeit vorschlagen. Auf den Vorschlag der Kandidatin / des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.
- (3) Die / Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der Kandidatin / dem Kandidaten die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben



werden. Die Bekanntgabe erfolgt in der Regel am Anfang des Semesters durch Aushang.

- (4) Für die Prüferinnen, Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer gelten § 6 Abs. 5 Satz 2 und 3 entsprechend.

§ 8 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen, die in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied besteht zu den Leistungen, die ersetzt werden.. Das Gleiche gilt hinsichtlich Studienabschlüssen, mit denen Studiengänge im Sinne des Satzes 1 abgeschlossen worden sind. Die Anerkennung im Sinne der Sätze 1 und 2 dient der Fortsetzung des Studiums, dem Ablegen von Prüfungen, der Aufnahme eines weiteren Studiums oder der Zulassung zur Promotion.
- (2) Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von Absatz 1 begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor.
- (3) Sonstige erworbene Kenntnisse und Qualifikationen können auf Antrag auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen zu den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Leistungen, die grundsätzlich zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung erbracht werden müssen, sind davon ausgeschlossen.
- (4) Die für die Anerkennung von Leistungen erforderlichen Unterlagen sind von den Studierenden einzureichen. Die Unterlagen müssen Aussagen zu den absolvierten Studienzeiten und den in diesem Zusammenhang erbrachten Leistungen sowie den sonstigen Kenntnissen und Qualifikationen enthalten. Es sind dabei in der Regel die entsprechende Prüfungsordnung samt Modulbeschreibung sowie das individuelle Transcript of Records oder ein vergleichbares Dokument vorzulegen. Sofern die Unterlagen nicht in deutscher oder englischer Sprache vorliegen, muss zusätzlich eine durch einen vereidigten Übersetzer abgefasste Übersetzung in deutscher Sprache eingereicht werden.
- (5) Werden Leistungen, Kenntnisse oder Qualifikationen anerkannt, sind ggfs. die Noten – soweit vorhanden und die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und in die jeweilige Notenberechnung einzubeziehen. Ist keine Note vorhanden oder sind die Notensysteme nicht vergleichbar, ist aber eine Leistung feststellbar, aufgrund derer eine Note festgesetzt werden kann, wird unter Zugrundelegung der



Bewertungsstufen nach § 11 eine Note festgesetzt und nach Satz 1 verfahren. Bestehen keine Anhaltspunkte, wird - soweit zutreffend - der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Die Anerkennung wird jeweils im Zeugnis dokumentiert.

- (6) Zuständig für die Anerkennung von Leistungen ist die nach § 6 zuständige Stelle. Vor Feststellungen über die Wesentlichkeit von Unterschieden sind die zuständigen Fachvertreterinnen und Fachvertreter zu hören.

§ 9 Einstufungsprüfung

- (1) Studienbewerberinnen und Studienbewerber mit einer Studienvoraussetzung gemäß § 3, die die Kenntnisse und Fähigkeiten, die für ein erfolgreiches Studium erforderlich sind, auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung aufgrund von § 49 Abs. 12 HG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis der Prüfung entsprechenden Abschnitt des Bachelor-Studienganges aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegen stehen.
- (2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können die dort nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten auf eine praktische Tätigkeit gemäß § 3 Abs. 1 sowie auf Prüfungsleistungen ganz oder teilweise angerechnet werden. Über die Anrechnung wird eine Bescheinigung erstellt.
- (3) Das Nähere über Art, Form und Umfang der Einstufungsprüfung regelt die Einstufungsprüfungsordnung der Westfälischen Hochschule in der jeweilig geltenden Fassung.
- (4) Für die Bestellung der Prüferin / des Prüfers und die Bewertung der Prüfungsleistungen §§ 7 und 11. gelten

§ 10 Leistungspunkte (Credits)

Alle während des Studiums erbrachten Leistungen werden anhand eines Leistungspunktesystems bewertet. Leistungspunkte sind ein quantitatives Maß für die Gesamtbelastung der Studierenden inklusive Selbststudium und Prüfungsvorbereitung. Es wird für einen Leistungspunkt eine durchschnittliche Arbeitsbelastung von 30 Stunden angenommen. Es sind 60 Leistungspunkte pro Studienjahr vorgesehen. Wird ein Modul erfolgreich abgeschlossen, erhalten die Studierenden die zugeordneten Leistungspunkte.



§ 11 Benotung und Bewertung von Prüfungsleistungen / Prüfungsnoten

- (1) Jedes Modul wird durch eine Prüfung abgeschlossen. Eine Modulprüfung kann aus mehreren Teilprüfungen bestehen, bei denen die / der Studierende bestimmte Teilleistungen erbringt. Es wird zwischen Benotung und Bewertung von Prüfungsleistungen unterschieden.

Noten für Module und die Gesamtleistung der Bachelor-Prüfung werden gemäß Anlage 1 in Zehntelnoten vergeben. Für die Benotung der Modulprüfungen sind folgende Basisnoten zu verwenden:

1 = sehr gut	eine hervorragende Leistung
2 = gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt
3 = befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4 = ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt
5 = nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Bewertungen werden für Teilleistungen entsprechend des Anteils der richtig gelösten Aufgaben in %-Punkten gemäß Anlage 1 angegeben. Die Note beziehungsweise Bewertung für die einzelnen Prüfungsleistungen wird von der / dem jeweiligen Prüfer / Prüferin festgesetzt.

- (2) Eine Modulprüfung kann in zeitlicher Abfolge in mehrere Teilprüfungen unterteilt werden. Die einzelnen Teilbewertungen werden zu einer Modulnote zusammengeführt, indem die mit der Arbeitsbelastung (Workload) gewichtete Durchschnittspunktzahl ermittelt wird. Hierzu werden die erreichten Teilbewertungen der Prüfungen des Moduls mit der entsprechenden Arbeitsbelastung multipliziert und die Produktwerte addiert; diese Summe wird danach durch die Summe der Arbeitsbelastung dividiert. Beim Ergebnis der Mittelwertbildung wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die so gewichtete Durchschnittsprozent-Punktzahl wird mit Hilfe der in Anlage 1 abgebildeten Tabelle einer Modulnote zugeordnet, die für die jeweilige Modulprüfung auszuweisen ist. Ein Beispiel für die Berechnung der Modulnote ist in Anlage 5 dargestellt.
- (3) Sind mehrere Prüferinnen / Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so werten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem



arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Beim Ergebnis der Mittelwertbildung gilt Abs. 2 Satz 4 entsprechend.

- (4) Für Hochschul- oder Studiengangswechselrinnen und -wechsler, die aus dem diese Prüfungsordnung betreffenden Studiengang wechseln möchten, werden die Bewertungen nach %-Punkten nicht abgeschlossener Module gemäß Anlage 1 in Zehntelnoten bescheinigt. Ist eine nicht bestandene (Teil-) Prüfung nach der Prüfungsordnung noch ausgleichbar, ist auch dies zu bescheinigen.
- (5) Für Hochschul- oder Studiengangswechselrinnen und -wechsler, die in den diese Prüfungsordnung betreffenden Studiengang wechseln möchten, werden zur Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen erzielte Noten gemäß Anlage 1 zugeordnet.
- (6) Prüfungsleistungen, die bei ihrem endgültigen Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüfern / Prüferinnen zu bewerten.

§ 12 Bestehen von Prüfungsleistungen; Ausgleichsmöglichkeiten

- (1) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung insgesamt mit mindestens „ausreichend“ benotet worden ist (vgl. Anlage 1).
- (2) Für Module, deren Prüfung aus mehreren Teilprüfungen besteht, müssen in jeder Teilprüfung mindestens 30 % der erreichbaren Punkte erreicht werden. Zum Bestehen des Moduls sind mindestens 50 % der erreichbaren Punkte des Moduls zu erzielen.
- (3) Nicht bestandene Wahlmodule können durch bestandene Wahlmodule ersetzt werden.

§ 13 Wiederholung von Prüfungsleistungen

- (1) Die Prüfungsleistungen in Pflicht- und Wahlmodulen dürfen bei Nichtbestehen jeweils in den Modulteil, in denen sie nicht bestanden sind, höchstens zweimal wiederholt werden. In Wahlmodulen dürfen Prüfungsleistungen bei Nichtbestehen jeweils in den Modulteil, in denen sie nicht bestanden sind, höchstens einmal wiederholt werden. Die Teilnahme an der Wiederholungsprüfung muss spätestens ein Jahr nach der jeweils nicht bestandenen Prüfung erfolgen. Über Ausnahmen von dieser Regel entscheidet die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Nimmt



die / der Studierende nicht innerhalb dieses Zeitraums an der Wiederholungsprüfung teil, so gilt diese als nicht bestanden, es sei denn, sie / er weist nach, dass sie / er die versäumte Teilnahme nicht zu vertreten hat. In diesem Fall ist der nächstmögliche Prüfungstermin wahrzunehmen.

- (2) Werden von den Prüfungen des ersten Semesters mindestens zwei Prüfungen nicht bestanden, bietet der Fachbereich dem Prüfling vor dem nächsten Prüfungszeitraum einen Beratungstermin bei einer Hochschullehrerin / einem Hochschullehrer des Studiengangs Journalismus und Public Relations an.
- (3) Die Bachelor-Arbeit und das Kolloquium dürfen einmal wiederholt werden.
- (4) Wird die Leistung einer / eines Studierenden in einer nicht mehr wiederholbaren Modulprüfung als „nicht bestanden“ beurteilt und ist diese Teilprüfung oder dieses Modul nicht gemäß § 12 Abs. 2 und 3 ausgleichbar, so erfolgt die Exmatrikulation der / des Studierenden.
- (5) Eine Wiederholung bestandener Prüfungen ist unzulässig.

§ 14 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) benotet und wird mit 0 Punkten bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht oder nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.
- (2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich, in der Regel am selben Tag, schriftlich angezeigt werden. Für den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit ist unverzüglich eine vorgelegte ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit hin vorzulegen, es sei denn, es bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen oder einen anderen Nachweis als sachgerecht erscheinen lassen. Bestehen derartige Anhaltspunkte, ist die Hochschule berechtigt, auf ihre Kosten eine unverzüglich beizubringende ärztliche Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes der Hochschule zu verlangen. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, kann die/der Studierende die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen.
- (3) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung zu



beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) benotet und wird mit 0 Punkten bewertet. Der Täuschungsversuch ist von der jeweiligen Prüferin / dem jeweiligen Prüfer oder der Aufsichtsführenden / dem Aufsichtsführenden aktenkundig zu machen. Nach dem dritten nachgewiesenen und schriftlich abgemahnten Täuschungsversuch erfolgt eine Zwangsexmatrikulation. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der / dem jeweiligen Prüferin / Prüfer oder der / dem Aufsichtsführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) benotet und wird mit 0 Punkten bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen.

- (4) Der Prüfling kann innerhalb von 14 Tagen nach Ausschluss von einer Prüfung verlangen, dass Entscheidungen nach Abs. 3 Satz 1 und 3 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

II. Modulprüfungen

§ 15 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

- (1) Eine Modulprüfung besteht entweder aus einer oder mehreren Teilprüfungen. In den Prüfungen soll festgestellt werden, dass die / der Studierende Inhalt und Methoden des jeweiligen Moduls beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbstständig anwenden kann.
- (2) Anzahl und Form der Teilprüfungen pro Modul werden zu Beginn eines Semesters durch die Lehrende / den Lehrenden bekannt gegeben (inklusive zugelassener Hilfsmittel und Gewichtung etwaiger Bonuspunkte). Die Prüfungen werden als Klausurarbeit, als mündliche Prüfung, als Seminararbeit, als Präsentation, als Arbeitsmappe oder als Kombinationen aus diesen durchgeführt. Gruppenprüfungen sind möglich. Die Einzelleistungen sind von den Prüfenden zu dokumentieren und mit der Arbeit einzureichen.
- (3) Ist mehr als die erforderliche Anzahl der Modulprüfungen im Wahlbereich mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bestanden worden, ist von der / dem Studierenden spätestens bei der Anmeldung zur Bachelor-Arbeit anzugeben, welche Modulprüfungen zur Prüfung zählen sollen und welche Noten somit zur Bildung der

Gesamtnote verwendet werden sollen. Falls keine ausdrückliche Benennung erfolgt, werden die jeweils besten Leistungen einbezogen.

- (4) Bei Praktika, Sprachkursen, Exkursionen sowie praktischen Übungen oder vergleichbaren Lehrveranstaltungen besteht Anwesenheitspflicht, soweit dies in Anlage 2 festgelegt ist. Einzelne Lehrveranstaltungen in weiteren Kursen mit Übungscharakter können mit Anwesenheitspflicht belegt werden, sofern dies zu Beginn des jeweiligen Semesters bekannt gegeben wird. Studierende haben die Voraussetzung regelmäßiger Anwesenheit erfüllt, wenn sie mindestens 70 Prozent der Veranstaltungszeit anwesend sind. Kann eine Studierende / ein Studierender vorgeschriebene Anwesenheitspflichten aufgrund seiner bzw. ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit nicht nachkommen, kann der / die Prüfungsausschussvorsitzende zum Ausgleich angemessene Ersatzleistungen vorsehen.

§ 16 Zulassung zu den Prüfungen; Anmelde- und Abmeldeverfahren

- (1) Zu einer Modulprüfung kann zugelassen werden, wer eine Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 3 besitzt oder die Einstufungsprüfung gemäß § 9 bestanden hat und an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen eingeschrieben ist. Zudem müssen die nach Anlage 2 verlangten Prüfungsvorleistungen erbracht sein. Prüfungen ab dem 5. Fachsemester können nur abgelegt werden, wenn die / der Studierende alle Modulprüfungen der ersten beiden Fachsemester gemäß Anlage 2 bestanden hat. Über begründete Ausnahmen entscheidet die / der Prüfungsausschussvorsitzende.
- (2) Jede / Jeder Studierende muss sich zu jeder Prüfung im Prüfungsamt anmelden. Nimmt der Prüfling ohne Abmeldung (vgl. Abs. 7) an der Prüfung nicht teil, gilt sie als nicht bestanden. Wird eine als Voraussetzung für die Prüfung gemäß Anlage 2 geforderte Vorleistung nicht zu einem festgesetzten Termin vor dem Zeitpunkt der Modulprüfung erbracht und liegt keine ordnungsgemäße Abmeldung vor, gilt die Prüfung als nicht bestanden. Alles Weitere regelt § 13 Abs. 1.
- (3) Der Antrag auf Zulassung zu den Prüfungen und Teilprüfungen ist bis zu dem festgesetzten Termin schriftlich an das Prüfungsamt zu richten. Der Antrag kann für mehrere Prüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Prüfungen innerhalb derselben Prüfungsperiode stattfinden.
- (4) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:



1. die Nachweise über die in Abs. 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung darüber, ob der Prüfling bereits eine entsprechende Bachelor-Prüfung oder eine Modulprüfung in einem Bachelor-Studiengang Journalismus und Public Relations bzw. einem Studiengang mit erheblicher Nähe abgelegt oder endgültig nicht bestanden hat.
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörerinnen und Zuhörern zugestimmt wird. § 6 Abs. 4 bleibt davon unberührt.

Ist es einer / einem Studierenden nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Weise zu führen.

- (5) Über die Zulassung entscheidet die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, in Zweifelsfällen der Prüfungsausschuss. Die Entscheidung über die Zulassung wird in der Regel zwei Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben. Die Bekanntmachung erfolgt durch Aushang.
- (6) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder der Studierende / die Studierende eine entsprechende Modulprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Bachelor-Prüfung im gleichen Studiengang nicht bestanden hat. Dieses gilt auch für Prüfungsleistungen, die in Studiengängen erbracht worden sind, die eine erhebliche Nähe zum Studiengang Journalismus und Public Relations der Westfälischen Hochschule haben.
- (7) Prüflinge können sich bis spätestens eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Versuche beim Prüfungsamt abmelden. Nach Ablauf dieser Frist kann der Prüfling sich nur noch dann abmelden, wenn er unverzüglich nachweist, dass er das Versäumnis nicht zu vertreten hat. Der / die Prüfungsausschussvorsitzende entscheidet, ob die Begründung akzeptiert wird.

§ 17 Durchführung von Prüfungen

- (1) Die Prüfungen sollen innerhalb von Prüfungszeiträumen liegen, die vom Prüfungsausschuss festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorgegangenen Semesters bekannt gegeben werden.
- (2) Der Prüfungstermin wird den Studierenden spätestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung durch Aushang des Prüfungsamtes bekannt gegeben. Für die Bekanntmachung der Art der Prüfung gilt § 15 Abs. 2. Die / Der Studierende hat



sich auf Verlangen der Prüferin / des Prüfers oder der / des Aufsichtsführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

- (3) Macht die Studierende/der Studierende durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie/er wegen einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form oder innerhalb der genannten Prüfungsfristen/-zeiträume abzulegen, hat die/der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für die/den Studierenden unter Beachtung der Gleichwertigkeit nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann die/der Prüfungsausschussvorsitzende weitere Nachweise fordern.

§ 18 Klausurarbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten soll die / der Studierende nachweisen, dass sie / er in begrenzter Zeit und mit zugelassenen Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Moduls mit geläufigen Methoden der Fachrichtung erkennt und eine Lösung finden kann.
- (2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Die Bearbeitungszeit beträgt mindestens 60 Minuten und höchstens 180 Minuten. Über die Zulassung von Hilfsmitteln und Dauer entscheidet die Prüferin / der Prüfer.
- (3) Die Prüfungsaufgaben einer Klausurarbeit werden in der Regel von einer Prüferin / einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Modul mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, können die Prüfungsaufgaben auch von mehreren Prüferinnen und Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüferinnen und Prüfer die Gewichtung der Anteile an den Prüfungsaufgaben vorher gemeinsam fest; ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jede Prüferin / jeder Prüfer die gesamte Klausurarbeit. Abweichend davon kann der Prüfungsausschuss wegen der Besonderheit eines Fachgebiets bestimmen, dass die Prüferin / der Prüfer nur den Teil der Klausurarbeit beurteilt, der ihrem / seinem Fachgebiet entspricht.
- (4) Klausurarbeiten sind in der Regel von zwei Prüferinnen / Prüfern zu bewerten. Sofern der Prüfungsausschuss aus zwingenden Gründen eine Abweichung zulässt, sind die Gründe aktenkundig zu machen. Klausurarbeiten, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind stets von zwei Prüferinnen / Prüfern zu bewerten. Bei nicht übereinstimmender Bewertung einer Klausurarbeit ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. In den Fällen des Abs. 3 Satz 2 bewerten die Prüferinnen / Prüfer die Klausurarbeit gemeinsam; liegt der Fall des Abs. 3 Satz 4 vor, wird die Bewertung der Prüferin / des Prüfers, die / der nur den Teil der Klausurarbeit beurteilt, der ihrem / seinem Fachgebiet entspricht, entsprechend der vorher festgelegten



Gewichtung der Anteile berücksichtigt.

- (5) Die Bewertung der Klausurarbeiten soll den Studierenden möglichst kurzfristig mitgeteilt werden, sie ist jeweils spätestens sechs Wochen nach dem Prüfungstermin mitzuteilen. Der / die Prüfungsausschussvorsitzende kann die Bewertungsfrist verkürzen, falls die Note als Nachweis für andere Prüfungen erforderlich ist.

§ 19 Mündliche Prüfungen

- (1) In einer mündlichen Prüfung sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in der Lage sind, Inhalte ihres Faches im Gespräch mündlich darzustellen und zu begründen.
- (2) Mündliche Prüfungen werden vor einer Prüferin / einem Prüfer in Gegenwart einer / eines sachkundigen Beisitzerin / Beisitzers (§ 7 Abs. 1 Satz 2) oder vor mehreren Prüferinnen und Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt. Hierbei wird jede / jeder Studierende in einem Prüfungsfach grundsätzlich nur von einer Prüferin / einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin / der Prüfer die Beisitzerin / den Beisitzer oder die anderen Prüferinnen und Prüfer zu hören. Ein Fragerecht steht der Beisitzerin / dem Beisitzer nicht zu. In fachlich begründeten Fällen kann, in Fällen entsprechend § 18 Abs. 4 S. 3 muss die Prüfung von mehreren Prüferinnen und Prüfern abgenommen werden. Dabei prüft jede Prüferin / jeder Prüfer nur den dem jeweiligen Fachgebiet entsprechenden Anteil des Prüfungsfaches. In diesem Fall legen sie die Gewichtung der Anteile vor Beginn der Prüfung gemeinsam fest.
- (3) Die Prüfungszeit beträgt pro Prüfling mindestens 15 und höchstens 45 Minuten. Bei letzter Wiederholungsmöglichkeit und bei endgültigem und nicht ausgleichendem Nichtbestehen, ist die Prüfung vor zwei Prüfern / Prüferinnen abzulegen und von beiden zu bewerten.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind von der Beisitzerin / dem Beisitzer in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Prüfling im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.
- (5) Nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse sind Zuhörerinnen und Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Prüfling bei der Meldung zur Prüfung diesem Umstand widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.



§ 20 Seminararbeit

- (1) Eine Seminararbeit ist die selbstständige Bearbeitung einer fachspezifischen oder fächerübergreifenden Aufgabenstellung. Sie wird dokumentiert, kann nach Maßgabe der Prüferin / des Prüfers in einem mündlichen Vortrag dargestellt und mit einer Diskussion abgeschlossen werden. Näheres bestimmt die Prüferin / der Prüfer.
- (2) Die Bearbeitung soll sowohl die Fähigkeit zur selbstständigen Auseinandersetzung mit einem Thema als auch die Beherrschung der Methoden wissenschaftlichen Arbeitens nachweisen. Dazu sind relevante Quellen zu recherchieren, auszuwerten und zu dokumentieren. Seminararbeiten sind auch in digitaler Form abzugeben, um eine Plagiatsprüfung zu ermöglichen. Die Standards der APA-Zitierweise oder vergleichbare Zitierweisen sind einzuhalten.
- (3) Der Umfang einer schriftlichen Arbeit sollte 20 Seiten nicht überschreiten, die Dauer des Vortrags sollte in der Regel nicht über 30 Minuten liegen.
- (4) § 18 findet hier entsprechende Anwendung.

§ 21 Präsentation

- (1) Eine Präsentation ist die selbstständig erarbeitete Inszenierung und Visualisierung eines Themas. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf der zielgruppengerechten Aufbereitung. Diese umfasst Aufbau der Präsentation, Rhetorik, Gestik, Mimik, Visualisierung sowie den Medieneinsatz und das Handout.
- (2) Die Dauer einer Präsentation sollte in der Regel 20 Minuten nicht überschreiten.
- (3) § 19 findet hier entsprechende Anwendung.

§ 22 Arbeitsmappe

- (1) Eine Arbeitsmappe enthält selbstständig erarbeitete journalistische und / oder gestalterische Werke. Durch die Anfertigung von Arbeitsmappen weisen die Studierenden nach, dass sie innerhalb einer vorgegebenen Frist journalistische oder gestalterische Produkte für Printmedien, Hörfunk, Fernsehen, Onlinemedien oder in multimedialer Form erstellen können. Arbeitsmappen sind auch in digitaler Form abzugeben, um eine Plagiatsprüfung zu ermöglichen.
- (2) Anzahl, Themen, Form und Umfang der Arbeiten bestimmen die Prüferin / der Prüfer.

Der Arbeitsaufwand ist entsprechend der für den jeweiligen Kurs vorgesehenen Credits festzulegen.

III. Lehrredaktion und Projektarbeit als Praxisphasen

§ 23 Praxisphasen

- (1) Im Bachelor-Studiengang Journalismus und Public Relations bilden die Module „Lehrredaktion“ und „Projekte“ die Praxisphasen des Studiums. Hierbei bearbeiten die Studierenden im Team praxis-relevante Problemstellungen, zum Teil für Auftraggeber außerhalb des Studiengangs. Die Studierenden weisen nach, dass sie in der Lage sind, fachkompetente sowie praxistaugliche Lösungen in einem definierten Zeitraum für die jeweilige Aufgabenstellung zu entwickeln.
- (2) Die Bearbeitungszeit erstreckt sich über ein Semester. Das Praxisprodukt ist in der Regel innerhalb der Vorlesungszeit fertig zu stellen.
- (3) Der Antrag auf Zulassung zur Praxisphase ist schriftlich an die Vorsitzende/den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.
- (4) Eine notwendige Voraussetzung der Zulassung zur Praxisphase ist, dass die/der Studierende vor Beginn des Praxisteils „Projekte“ alle Module des ersten und zweiten Semesters sowie das Teilmodul „Projektmanagement“ bestanden hat. Über die Zulassung zur Praxisphase entscheidet die/der Prüfungsausschussvorsitzende.
- (4) Die erfolgreiche Ableistung der Praxisphase wird von der/dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden bescheinigt, wenn die berufspraktische Tätigkeit der/des Studierenden dem Zweck der Praxisphase entspricht und die/der Studierende nachweislich die ihr/ihm übertragenen Arbeiten ausgeführt hat. Bei erfolgreicher Ableistung werden die in der Studiengangsprüfungsordnung festgelegten Leistungspunkte erworben. Die Praxisphase wird nicht benotet.

§ 24 Lehrredaktion

- (1) Lehrredaktionen verbinden berufliches Grundwissen und journalistische Vermittlungskompetenz mit Methoden des Redaktionsmanagements. In kontinuierlichen Übungszusammenhängen wird im Team ein veröffentlichungsfähiges redaktionelles Produkt erstellt. Hierbei nehmen die Studierenden unterschiedliche



Funktionen innerhalb einer Redaktion oder Agentur wahr. Die / Der Lehrende übernimmt die Redaktionsleitung und sorgt für eine Gleichwertigkeit der Anforderungen.

- (2) Die Prüfungsleistung besteht aus einem gemeinsamen redaktionellen Produkt. Weitere Prüfungsanforderungen werden von der Prüferin / vom Prüfer festgelegt.

§ 25 Projekte

- (1) Eine Projektarbeit besteht aus einem Projektprodukt, einer Projektdokumentation und der Projektpräsentation. Zu einem Projekt wird nur zugelassen, wer die Veranstaltungen des 1. und 2. Semesters sowie die Veranstaltung Projektmanagement bestanden hat.
- (2) Das Projektprodukt zeigt, dass die Studierenden in der Lage sind, für praktische Aufgaben ihres Fachgebietes in einem vorgegebenen Zeitraum im Team adäquate Lösungen zu erarbeiten. Die Projektdokumentation weist nach, dass sie in der Lage sind, den Projektablauf selbstständig in Hinblick auf ihr Projektziel zu planen, durchzuführen sowie ihre Lösungen kritisch zu reflektieren.

IV. Bachelor-Arbeit

§ 26 Bachelor-Arbeit

- (1) Die Bachelor-Arbeit soll zeigen, dass die / der Studierende befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus ihrem / seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig zu bearbeiten.
- (2) Die Bachelor-Arbeit kann von jeder / jedem Lehrenden, die / der gemäß § 7 Abs. 1 zur Prüferin / zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Auf Antrag der / des Studierenden kann der Prüfungsausschuss auch eine externe Betreuerin / einen externen Betreuer bestellen, der die Voraussetzungen gemäß § 7 Abs. 1 erfüllt. Die Bachelor-Arbeit darf mit Zustimmung der / des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Der / Dem Studierenden ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für den Themenbereich der Bachelor-Arbeit zu machen.



- (3) Die Bachelor-Arbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen aufgrund der Angaben von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

§ 27 Zulassung zur Bachelor-Arbeit

- (1) Zur Bachelor-Arbeit wird zugelassen, wer alle Modulprüfungen bestanden hat, die bis zum Ende des vierten Fachsemesters erbracht werden müssen. Über begründete Ausnahmen entscheidet die / der Prüfungsausschussvorsitzende.
- (2) Der Antrag auf Zulassung zur Bachelor-Arbeit ist schriftlich an die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden,
1. die Nachweise über die in Abs. 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung darüber, ob der Prüfling bereits eine Bachelor-Arbeit oder eine gleichwertige Prüfung in einem Bachelor-Studiengang mit erheblicher Nähe nicht oder endgültig nicht bestanden hat.

Dem Antrag ist eine Erklärung darüber beizufügen, welche Prüferin / welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Bachelor-Arbeit bereit ist. Benennt die / der Studierende keine Prüferin / keinen Prüfer, so wird von der / dem Prüfungsausschussvorsitzenden eine Prüferin / ein Prüfer benannt.

- (3) Der Antrag auf Zulassung kann bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche schriftlich zurückgenommen werden. Die Rückgabe ist aktenkundig zu machen.
- (4) Über die Zulassung entscheidet die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn



1. die in Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
2. die Unterlagen unvollständig sind oder
3. im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Bachelor-Arbeit der / des Studierenden ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet oder endgültig nicht bestanden worden ist oder die/der Studierende ein der in Abs.2 Nr.2 genannten Prüfungen endgültig nicht bestanden hat.

§ 28 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelor-Arbeit

- (1) Die Ausgabe der Bachelor-Arbeit erfolgt über die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von der Betreuerin / dem Betreuer der Bachelor-Arbeit gestellte Thema der / dem Studierenden bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.
- (2) Die Bearbeitungszeit, der Zeitraum von der Ausgabe der Bachelor-Arbeit bis zur Abgabe, beträgt 9 Wochen, mindestens aber 4 Wochen. Im Ausnahmefall kann die / der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf einen vor Ablauf der Frist schriftlich gestellten und begründeten Antrag hin die Bearbeitungszeit einmalig um bis zu 2 Wochen verlängern. Die Betreuerin / Der Betreuer der Bachelor-Arbeit ist zu dem Antrag zu hören. Dem Prüfling wird die festgesetzte Bearbeitungszeit und gegebenenfalls die festgesetzte verlängerte Bearbeitungszeit schriftlich mitgeteilt.
- (3) Das Thema der Bachelor-Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 13 Abs. 3 ist die Rückgabe des Themas nur zulässig, wenn die / der Studierende bei der Anfertigung ihrer / seiner ersten Bachelor-Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.
- (4) Der Umfang der Bachelor-Arbeit sollte 100.000 Zeichen umfassen (+/- 15 Prozent, inkl. Leerzeichen, ohne Anhang). Die Darstellung der zu lösenden Aufgabe, der beschrittenen Lösungswege und der Ergebnisse sind präzise und kompakt auszuführen.
- (5) Im Fall einer Behinderung der / des Studierenden oder einer chronischen Krankheit findet § 17 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 29 Abgabe und Bewertung der Bachelor-Arbeit

- (1) Die Bachelor-Arbeit ist persönlich oder per Einschreiben fristgemäß dem Prüfungsamt zuzustellen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Im Falle einer nicht fristgemäßen Abgabe wird die Bearbeitung des Themas als „nicht bestanden“ gewertet. Bei der Abgabe der Bachelor-Arbeit hat die / der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie / er ihre / seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit ihren / seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbstständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die Bachelor-Arbeit muss auch in digitaler Form abgegeben werden, um eine Plagiatsprüfung zu ermöglichen.
- (2) Die Bachelor-Arbeit ist von zwei Prüferinnen / Prüfern zu bewerten. Eine / Einer der Prüferinnen / Prüfer soll die Betreuerin / der Betreuer der Bachelor-Arbeit sein. Die / Der zweite Prüferin / Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt. Mindestens eine Prüferin / ein Prüfer muss Professor / -in der Westfälischen Hochschule sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüferinnen / Prüfer wird die Note der Bachelor-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin / ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Bachelor-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Bachelor-Arbeit kann jedoch nur dann als „ausreichend“ oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten „ausreichend“ oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen.
- (3) Die Bewertung der Bachelor-Arbeit ist der / dem Studierenden spätestens acht Wochen nach Abgabe mitzuteilen.
- (4) Für die als „ausreichend“ oder besser bewertete Bachelor-Arbeit werden 12 Leistungspunkte vergeben.

§ 30 Kolloquium

- (1) Das Kolloquium ergänzt die Bachelor-Arbeit und ist selbstständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, die Ergebnisse der Bachelor-Arbeit, ihre fachlichen und methodischen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen, selbstständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen.



- (2) Zum Kolloquium kann der Prüfling nur zugelassen werden, wenn die Bachelor-Arbeit mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde.
- (3) Der Antrag auf Zulassung ist an die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuss nicht bereits vorliegen. Ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung des Kolloquiums abzugeben, sowie darüber, ob einer Zulassung von Zuhörerinnen und Zuhörern widersprochen wird. Der Prüfling kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Bachelor-Arbeit (§ 27) beantragen. In diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuss vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im übrigen § 27 Abs. 4 entsprechend.
- (4) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung durchgeführt und von den für die Betreuung der Bachelor-Arbeit bestimmten Prüferinnen und Prüfern gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 29 Abs. 2 Satz 6 wird das Kolloquium von den Prüferinnen und Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Bachelor-Arbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert 15 bis 45 Minuten. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im Übrigen die für mündliche Prüfungen geltenden Vorschriften (§ 19) entsprechende Anwendung.
- (5) Für das als „ausreichend“ oder besser bewertete Kolloquium werden 3 Leistungspunkte vergeben.

V. Ergebnis der Bachelor-Prüfung, Zusatzmodule

§ 31 Ergebnis der Bachelor-Prüfung

- (1) Die Bachelor-Prüfung ist bestanden, wenn alle unter Berücksichtigung der Ausgleichsregelungen in § 12 Abs. 2 und 3 vorgeschriebenen Prüfungen bestanden sind und 180 Leistungspunkte erworben wurden sowie die Bachelor-Arbeit und das Kolloquium mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden sind.
- (2) Die Bachelor-Prüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Abs. 1 genannten Prüfungsleistungen endgültig als „nicht bestanden“ bewertet worden und nicht ausgleichbar ist. Über die nicht bestandene Bachelor-Prüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 13 Abs. 4 wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Studierende, welche die Hochschule ohne



Studienabschluss verlassen, erhalten auf Antrag eine Bescheinigung über die insgesamt erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen.

§ 32 Zeugnis, Gesamtnote

- (1) Über die bestandene Bachelor-Prüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfung, ein Zeugnis in deutscher und englischer Sprache ausgestellt. Der deutsche Teil des Zeugnisses enthält die Modulnoten und die deutsche Gesamtnote, die erworbenen Leistungspunkte, das Thema und die Note der Bachelor-Arbeit sowie die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung. Prüfungsleistungen nach Satz 2, die an einer anderen Hochschule erbracht und nach § 8 angerechnet worden sind, sind im Zeugnis kenntlich zu machen.
 - (1a) Darüber hinaus enthalten das Zeugnis und das Diploma Supplement eine relative Gesamtnote nach folgendem Schema:
 - A die besten 10 % der Absolventinnen und Absolventen,
 - B die nächsten 25 % der Absolventinnen und Absolventen,
 - C die nächsten 30 % der Absolventinnen und Absolventen,
 - D die nächsten 25 % der Absolventinnen und Absolventen,
 - E die nächsten 10 % der Absolventinnen und Absolventen.
 - (2) Die Gesamtnote der Bachelor-Prüfung wird aus den mit den Leistungspunkten gewichteten Modulnoten (Zehntelnoten) und der nach Leistungspunkten gewichteten Zehntelnote der Bachelor-Arbeit sowie der nach Leistungspunkten gewichteten Kolloquiumsnote (Zehntelnote) berechnet. Dabei gehen die Noten der Bachelor-Arbeit und des Kolloquiums mit doppelter Gewichtung ein. Ein Berechnungsbeispiel ist in Anlage 5 dargestellt.
 - (3) Das Zeugnis ist vom Dekan / der Dekanin und der / dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

§ 33 Diploma Supplement

- (1) Dem Zeugnis über die bestandene Bachelorprüfung ist ein Diploma Supplement in englischer und deutscher Sprache beizufügen. Es informiert insbesondere über die wesentlichen, dem Abschluss zugrundeliegenden Studieninhalte, den Studienverlauf und die mit dem Abschluss erworbenen Kompetenzen.
- (2) Ohne das Diploma Supplement ist das Zeugnis unvollständig.

§ 34 Zusatzmodule

Die / Der Studierende kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Modulen einer Prüfung unterziehen (Zusatzmodule). Das Ergebnis dieser Prüfungen wird auf Antrag der / dem Studierenden im Zeugnis bescheinigt und im Transcript of Records beschrieben, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt.

VI. Schlussbestimmungen

§ 35 Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der Kandidatin / dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in ihre / seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.
- (2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Bachelorprüfung bei der / dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. § 32 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend. Die / Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.
- (3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine Modulprüfung beziehen, wird der Kandidatin / dem Kandidaten auf Antrag bereits nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Im Übrigen gilt Abs. 2 entsprechend.
- (4) Die Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und die Prüfungsprotokolle werden für einen Zeitraum von fünf Jahren nach Aushändigung des Bachelorzeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Bachelorprüfung von der Westfälischen Hochschule archiviert. Nach Ablauf des Zeitraums werden die Dokumente vernichtet.

§ 36 Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat eine Kandidatin / ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung



nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin / der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Bachelor-Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin / der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin / der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen. Vor einer Entscheidung ist der / dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (3) Das unrichtige Bachelorzeugnis mit der Bachelorurkunde oder die unrichtige Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Dies gilt auch für das Diploma Supplement. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Bachelorzeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 ausgeschlossen.

§ 37 In-Kraft-Treten, Übergangsvorschriften

- (1) Diese Bachelor-Prüfungsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie gilt für alle Studierenden, die ihr Studium ab dem Wintersemester 2017/2018 im Studiengang Journalismus und Public Relations im Fachbereich Informatik und Kommunikation der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen aufnehmen. Gleichzeitig tritt die Bachelor-Prüfungsordnung vom 12.10.2011 für den Studiengang Journalismus und Public Relations außer Kraft.
- (2) Auf Studierende, die ihr Studium vor dem Wintersemester 2017/2018 aufgenommen haben, findet die für sie gültige Bachelor-Prüfungsordnung weiterhin Anwendung. Auf Antrag findet diese Bachelor-Prüfungsordnung Anwendung.
- (3) Auf Studierende, die keinen Antrag gemäß Abs. 2 S. 2 gestellt haben, das Studium jedoch bis zum 31.08.2021 noch nicht abgeschlossen haben, findet dann diese Bachelor-Prüfungsordnung Anwendung. Die bisherigen Studienzeiten werden von Amts wegen angerechnet. Die dabei erbrachten Studienleistungen werden bei Übereinstimmung der Vorlesungsinhalte auf Antrag angerechnet.
- (4) Die Bachelor-Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Westfälischen Hochschule veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fachbereichsrats des Fachbereichs Informatik und Kommunikation der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen vom 01.02.2017 sowie der Genehmigung durch das Präsidium vom 15.02.2017.

Gelsenkirchen, 07.03.2017

Der Dekan
des Fachbereichs Informatik und Kommunikation
Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

gez. Prof. Dr. Detlef Mansel

Gelsenkirchen, 17.03.2017

Der Präsident
der Westfälischen Hochschule

gez. Prof. Dr. Bernd Kriegesmann

Bekannt gegeben und veröffentlicht durch den Präsidenten der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen.

Anlagen

1. ECTS-Noten / Zehntelnoten / Prozentpunkte / Noten

Zehntelnote	%punkte	Note
1,0	100	sehr gut
1,0	99	
1,0	98	
<u>1,0</u>	<u>97</u>	
1,1	96	
1,1	95	
1,2	94	
1,2	93	
<u>1,3</u>	<u>92</u>	
1,4	91	
1,5	90	
1,6	89	
1,6	88	
<u>1,7</u>	<u>87</u>	
1,8	86	
1,8	85	
1,9	84	
1,9	83	
<u>2,0</u>	<u>82</u>	
2,1	81	
2,1	80	
2,2	79	
2,2	78	
<u>2,3</u>	<u>77</u>	
2,4	76	
2,5	75	
2,6	74	befriedigend
2,6	73	
<u>2,7</u>	<u>72</u>	
2,8	71	
2,8	70	
2,9	69	
2,9	68	
<u>3,0</u>	<u>67</u>	
3,1	66	
3,1	65	
3,2	64	
3,2	63	
<u>3,3</u>	<u>62</u>	
3,4	61	
3,5	60	
3,6	59	
3,6	58	
<u>3,7</u>	<u>57</u>	
3,8	56	
3,8	55	
3,9	54	
3,9	53	
<u>4,0</u>	<u>52</u>	
4,0	51	
4,0	50	

2. Pflichtmodule

Modulnummer	Modulbezeichnung	Kürzel	Credits	Workload (h)	Semesterzuordnung	SWS
1.	Berufsfeldbezogenes Grundwissen	BF	6	180	1. Semester	4
2.	Grundlagen der Kommunikation	GK	10	300	1. Semester	8
3.	Medienproduktion 1	MP 1	5	150	1. Semester	5
4.	Soft-Skills	SSK	5	150	1. Semester	4
5.	Schreibwerkstätten	SW	8	240	1. und 2. Semester	4
6.	Redaktionelle Kompetenz	RK	7	210	2. Semester	6
7.	Mediale Rahmenbedingung	MR	10	300	2. Semester	6
8.	Gestaltungswerkstatt	GW	5	150	2. Semester	4
9.	Ethik und Recht	ER	5	150	2. und 3. Semester	4
10.	Medienproduktion 2	MP 2	7	210	2. u.3.u. 4. Semester	6
11.	Fachsprache	FS	10	300	3. und 4. Semester	6
12.	Methodenkompetenz 1	MK 1	8	240	3. Semester	8
13.	Methodenkompetenz 2	MK 2	6	180	4. Semester	4
14.	PR-Vertiefung	PV	9	270	3. und 4. Semester	6
15.	Ressort-Journalismus	RJ	6	180	3. und 4. Semester	4
16.	Lehrredaktion ³	LR 1	6	180	3. Semester	6
17.	Bachelorarbeit ¹	BA	12	360	6. Semester	-
18.	Kolloquium	KOL	3	90	6. Semester	-
19.	Projekt 1 ²	P1	7	210	4. Semester	6
20.	Projekt 2 ²	P2	7	210	5. Semester	6

- 1 Zulassung nur nach Bestehen aller Pflichtmodule bis Ende des 4. Semesters
- 2 Zulassung nur nach Bestehen der Veranstaltungen des 1. und 2. Semesters und der Veranstaltung Projektmanagement
- 3 Anwesenheitspflicht

3. Wahlmodule

WAHLMODULE STUDIENSCHWERPUNKT JOURNALISMUS

Modul Nr.	Modulbezeichnung	Kürzel	Credits	Workload (h)	Semesterzuordnung	SWS
21.	Wirtschaftsjournalismus	WJ	9	270	5. Semester	6
22.	Journalismus als Beruf	JB	6	180	6. Semester	4

WAHLMODULE STUDIENSCHWERPUNKT PUBLIC RELATIONS

Modul Nr.	Modulbezeichnung	Kürzel	Credits	Workload (h)	Semesterzuordnung	SWS
23.	Public Relations als Beruf	PRB	6	180	5. und 6. Semester	4
24.	Strategien und Instrumente der PR	SI	6	180	5. und 6. Semester	4
25.	Managementwissen	MW	6	180	5. und 6. Semester	4

4. Studienverlaufsplan

Siehe Folgeseite

Der JPR-Studienverlaufsplan

Gültig ab Wintersemester 2011 für Studierende ab dem JPR-Erstsemester-Jahrgang 2011

STUDIENSCHWERPUNKT

Schwerpunkt „Public Relations“

Schwerpunkt „Journalismus“

1. SEMESTER	2. SEMESTER	3. SEMESTER	4. SEMESTER	5. SEMESTER	6. SEMESTER
MS Schreibwerkstatt 1 4	LR Schreibwerkstatt 2 4	P1 Projekt 1 7 <i>Voraussetzung: Alle Veranstaltungen der Semester 1 + 2 sowie „Projektmanagement“</i>	JB Berufsfeld Journalismus 3	PRB Anwendungsgebiete PR 3	SI Strategien und Instrumente der PR 3
BF Einführung in den Journalismus 3 Einführung in die Public Relations 3	FS Presseclub 3 Recherche 4	MR Medienethik 2 Arbeitsmarkt Kommunikation 3 Politische Grundlagen 3 Wirtschaftswissenschaften 4	MR Projektmanagement 3 Empirische Methoden 5	SI Konzeptions-training 3	MW Marketing Vertiefung 3
GK Kommunikationswissenschaft 4 Sprachliche Kommunikation 3 Visuelle Kommunikation 3	ER Medienrecht 3	PV PR-Vertiefung 1 3 Ressort-Journalismus 1 3	BA Bachelor-Arbeit 12 <i>Voraussetzung: Alle Pflichtmodule der ersten 4 Semester</i>	WAHL Wahlmodule 14	WAHL Wahlmodule 14
SSK Sozialkompetenz 2 Präsentationstechniken 3	MK1 Projektmanagement 3 Empirische Methoden 5	RJ Ressort-Journalismus 2 3	P2 Projekt 2 7	BA Bachelor-Arbeit 7 <i>Voraussetzung: Alle Pflichtmodule der ersten 4 Semester</i>	BA Bachelor-Arbeit 7 <i>Voraussetzung: Alle Pflichtmodule der ersten 4 Semester</i>
MP1 Medienproduktion 1 5	MK2 Wissenschaftliche Arbeiten 3 Medienforschung 3	MW Multimedia 3	KOL Bachelor-Kolloquium 3	P2 Projekt 2 7	KOL Bachelor-Kolloquium 3
	MP2 AV-Schnitt und -Einbindung 2 Website-Erstellung 2		KOL Bachelor-Kolloquium 3	P2 Projekt 2 7	KOL Bachelor-Kolloquium 3

Legende

Pflichtmodul	Credit-Points: n
Wahlpflichtmodul „Journalismus“	Credit-Points: n
Wahlpflichtmodul „Public Relations“	Credit-Points: n
Wahlmodul	Credit-Points: n

Die Module im Überblick

BA	Bachelor-Arbeit	JB	Journalismus als Beruf	MR	Mediale Rahmenbedingg.	RJ	Ressortjournalismus
BF	Berufsfeldbez.	KOL	Bachelor-Kolloquium	MW	Managementwissen	SI	Strategien und Instrumente der PR
ER	Ethik und Recht der Medien	LR	Lehrredaktion	P1	Projekt 1	SSK	Soft-Skills
FS	Fachsprache	MK1	Methodenkompetenz 1	P2	Projekt 2	SW	Schreibwerkstätten
GK	Grundlagen der Kommunikation	MK2	Methodenkompetenz 2	PRB	PR als Beruf	WAHL	Wahlfächer/-module
GW	Gestaltungswerkstatt	MP1	Medienproduktion 1	PV	PR-Vertiefung	WJ	Wirtschaftsjournalismus
		MP2	Medienproduktion 2	RK	Redaktionelle Kompetenz		

5. Beispiele für die Notenberechnung

Berechnung einer Modulnote:

Leistungspunkte des Moduls: 5

Teilleistung 1: Workload 60 h, 2

Leistungspunkte, Teilleistung 2: Workload 90

h, 3 Leistungspunkte Teilleistung 1 wurde mit

35% bewertet Teilleistung 2 wurde mit 80%

bewertet

Berechnung der Modulnote: $(35\% * 2LP + 80\% * 3LP) / 5LP = 310\% / 5$

= 62% Note 3,3 (satisfactory, befriedigend) gemäß Tabelle Anlage 1.

Berechnung der Gesamtnote (hier: Studienschwerpunkt „Journalismus“)

Modul Nr.	Modulbezeichnung	Credits	Note	Gewichteter Notenwert
1.	Berufsfeldbezogenes Grundwissen	6	1,5	9,0
2.	Grundlagen der Kommunikation	10	2,4	24,0
3.	Medienproduktion 1	5	2,0	10,0
4.	Soft-Skills	5	1,7	8,5
5.	Schreibwerkstätten	8	1,5	12,0
6.	Redaktionelle Kompetenz	7	1,4	9,8
7.	Mediale	10	3,0	30,0
8.	Gestaltungswerkstatt	5	2,0	10,0
9.	Ethik und Recht	5	2,8	14,0
10.	Medienproduktion 2	7	1,7	11,9
11.	Fachsprache	10	4,0	40,0
12.	Methodenkompetenz 1	8	3,2	25,6
13.	Methodenkompetenz 2	6	3,0	18,0
14.	PR-Vertiefung	9	3,0	27,0
15.	Ressort-Journalismus	6	2,1	12,6
16.	Lehrredaktion I	6	1,3	7,8
17.	Bachelor Arbeit	2x12=24	1,5	36,0
18.	Kolloquium	2x3=6	1,7	10,2
19.	Projekt 1	7	2,5	17,5
20.	Projekt 2	7	1,5	10,5

21.	Wirtschaftsjournalismus	9	2,	18,0
22.	Journalismus als Beruf	6	1,	9,0

	Wahlmodul 1	6	2,	13,8
	Wahlmodul 2	9	1,	11,7
	Wahlmodul 3	3	2,	6,0
	Wahlmodul 4	3	1,	4,8
	Wahlmodul 5	3	1,	3,9
	Wahlmodul 6	3	2,	6,0

	Summe der Credits	199		
	Gewichteter Notenwert durch Summe der Credits			2,098
	Auf eine Nachkommastelle abgeschnitten			2,0
	Notenbezeichnung (nach Anlage 1)	gut		
	ECTS-Note (nach Anlage 1)	Very good		